

Porträt: Bodo Löttgen (CDU)



Dass Bodo Löttgen einmal Politiker werden würde, das war gewissermaßen schon bei seiner Geburt vorbestimmt. Sein Großvater und sein Vater waren kommunalpolitisch in ihrer Heimatgemeinde Nümbrecht im Oberbergischen Kreis aktiv. Und wenn man Löttgen heute von der wunderschönen Landschaft und den vertrauten Menschen erzählen hört, kann man den Eindruck gewinnen, fast noch lieber, als der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag vorzustehen, säße er immer noch im Rat seines Heimatortes und im Kreistag in Gummersbach.

„Haferspanien“ sei das Oberbergische früher genannt worden, weil die Gegend bitterarm war. Viele Menschen seien ins über 50 Kilometer entfernte Wuppertal gelaufen, um sich dort auf dem Bau oder in der Industrie zu verdingen. Kein Wunder, dass sein „Herz immer noch für die Keimzelle der Demokratie schlägt und das ist die Kommunalpolitik“, sagt der 58-jährige ehemalige Kriminalhauptkommissar. Und es sei auch heute noch sein Antrieb, die Kommunen und ihre Vertreter zu unterstützen und zu stärken.

Seine eigene politische Arbeit im Nümbrecht Rat und Gummersbacher Kreistag begann, nachdem er nicht mehr als Personenschützer des Bundeskriminalamts u. a. für die Sicherheit des damaligen Finanz- und Verteidigungsministers Gerhard Stoltenberg zuständig war, sondern in der Zentrale in Meckenheim bei Bonn saß. Von Personenschützern werde erwartet, dass sie nicht aktive Parteipolitik betreiben, sagt Löttgen lächelnd, da seien ja durchaus Verwicklungen denkbar. Seine landespolitische Karriere begann 2004, als ihn ein Parteifreund fragte, ob er nicht für die CDU antreten wolle. Löttgen wollte, setzte sich gegen vier Mitbewerber durch und wurde 2005 erstmals in den Landtag gewählt.

Jeder junge Abgeordnete habe erstmal das Ziel, die Welt zu verändern – und das möglichst schnell, erinnert sich Löttgen an seine Sturm- und Drangzeit unter der CDU/FDP-Regierung mit Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart. Doch die älteren Kollegen hätten ihn rasch auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Dabei zieht er Parallelen zum Beruf seines Vaters, der als Fliesenleger gearbeitet hat. Drei Jahre als Lehrling und zwei Jahre als Geselle seien üblich gewesen. Und ein ähnliches Modell hält er auch in der Politik für angemessen.

Bewusst entschied sich Löttgen beim Einstieg in die Landespolitik gegen ein Engagement im Bereich der inneren Sicherheit. Er habe die Gefahr vermeiden wollen, aufgrund der Erfahrungen aus seiner eigenen Arbeit mit einem „Tunnelblick“ auf die Sicherheitsprobleme zu schauen. Stattdessen engagierte er sich im Wissenschaftsausschuss und avancierte zum kommunalpolitischen Sprecher seiner Fraktion. Nachdem er bei der Landtagswahl 2012 sein Mandat im Oberbergischen Kreis verloren hatte, ernannte ihn CDU-Landeschef Armin Laschet zum Generalsekretär. Im Mai vorigen Jahres konnte Löttgen den Wahlkreis zurückerobern.

Mit dem Einzug der AfD in den Landtag hat sich nach Einschätzung Löttgens die Atmosphäre verändert. „Bei einigen Beiträgen von AfD-Abgeordneten stockt einem schon mal der Atem.“ Viele in der neuen Partei spielten mit den Ängsten der Menschen und nähmen es billigend in Kauf, dass ihre Äußerungen für antidemokratische und rechtswidrige Tendenzen genutzt würden. Aber auch die Vertreter der AfD seien demokratisch gewählte Abgeordnete, „die Demokratie muss auch die AfD aushalten können“. Allerdings gebe es in der CDU die klare Absprache, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD gebe.

Seine wenige Freizeit verbringt Löttgen am liebsten in seinem Heimatdorf Altennümbrecht. Fröhlich streift er dann mit seinen beiden Pyrenäenhühnchen durch Felder und Wälder. Hobbys sind neben Kochen und Essen Bücher, am liebsten gedruckte Exemplare, aber auch zunehmend E-Books. Und neben der Liebe zur Heimat hat sich auch eine weitere Leidenschaft seit der Schulzeit nicht geändert: Sein Fußballherz schlägt für Borussia Mönchengladbach.

Peter Jansen

Zur Person

Bodo Löttgen (58) war bereits von 2005 bis 2012 Mitglied des Landtags und gehört dem Parlament seit 1. Juni 2017 wieder an. Der frühere Generalsekretär der NRW-CDU ist heute Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag.

Der Landtag 2017 im Rückblick

Das Jahr 2017 war mit der Landtagswahl am 14. Mai ein politisch besonders spannendes Jahr. Für die Abgeordneten war es mit zahlreichen Debatten und Ausschusssitzungen, diversen Anhörungen und der Verabschiedung verschiedener Gesetze auch wieder ein arbeitsreiches Jahr.

Im vergangenen Jahr fanden 27 Plenarsitzungen statt, davon zehn in der 16. Wahlperiode und 17 nach Beginn der 17. Wahlperiode im Juni. In 317 Sitzungen der Ausschüsse befassten sich die Abgeordneten mit unterschiedlichen Themen. Davon fanden 155 vor der Wahl und 162 nach der Wahl statt.

Insgesamt 22 Gesetze wurden im vergangenen Jahr verabschiedet. Davon 13 in der 16. Wahlperiode und neun in der 17. Wahlperiode. Darunter war das Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung, das Gesetz zum Nachtrag des Haushalts 2017, Änderungen des Polizeigesetzes und das Gesetz zur Rettung von Kindertageseinrichtungen.

Drei Große Anfragen

In 39 öffentlichen Anhörungen (20 in der 16. Wahlperiode und 19 in der 17. Wahlperiode) äußerten sich Sachverständige zu den unterschiedlichsten Themen. 299 Anträge (141 in der 16. Wahlperiode und 158 in der 17. Wahlperiode) wurden eingereicht. Davon waren fünf Eilanträge, einer davon wurde in der 17. Wahlperiode eingereicht, und 82 Entschließungsanträge (54 vor der Wahl und 28 nach der Wahl). Nicht eingerechnet sind Änderungsanträge.

Die Abgeordneten debattierten außerdem in acht Aktuellen Stunden in der 16. Wahlperiode und in neun Aktuellen Stunden in der 17. Wahlperiode miteinander. Themen waren u. a. der „Fall Amri“, die Folgen des G20-Gipfels, die Zukunft des Hambacher Forsts und der Flughafen Köln/Bonn.

Drei Große Anfragen wurden an die Landesregierung gestellt. In der Anfrage aus der 16. Wahlperiode ging es um die Überwachung im Telekommunikationsbereich. Bei den beiden Großen Anfragen aus der 17. Wahlperiode ging es um „gefährliche Orte“ und den „Altbergbau“. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 1.094 Kleine Anfragen gestellt. Davon 425 in der 16. Wahlperiode und 669 nach Beginn der 17. Wahlperiode. ell

